

**7. Tagung der V. Landessynode
der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
vom 22. bis 25. November 2023**

Vorlage

des Ständigen Ausschusses Ökumene, Mission und Dialog
geändert durch AG aus dem Plenum der Landessynode

Ermutigung zum Einsatz gegen Antisemitismus angesichts des Angriffs der Hamas auf Israel und für ein friedliches Zusammenleben in unserem Land

Die Synode möge die anliegende Erklärung im Anschluss an den Bericht des Bischofs beschließen.

Stephan Krämer

Stellvertretender Vorsitzender

Begründung:

Die Landessynode der EKBO kann zu der - durch das unentschuldbare Massaker der Hamas am 7. Oktober verursachten - Situation des Krieges im Gaza-Streifen und ihren Folgen nicht schweigen. Als Christinnen und Christen sollen wir Botschafter für die Versöhnung sein, die Gott gewirkt hat. Versöhnung setzt aber sowohl das deutliche Ansprechen der Lage und das nötige Schuldbekenntnis voraus. Die Synode sollte deshalb die klare und hilfreiche Standortbestimmung des Bischofs zum Anlass nehmen, mit einer eigenen Erklärung zur Situation an die Öffentlichkeit zu treten.

Anlage:

Ermutigung zum Einsatz gegen Antisemitismus angesichts des Angriffs der Hamas auf Israel und für ein friedliches Zusammenleben in unserem Land

In Israel und Gaza gibt es jetzt gerade, da wir hier versammelt sind, kaum einen Menschen, der nicht den Tod eines Freundes oder einer Familienangehörigen zu beklagen hat.

Mit Menschen in aller Welt und aus allen Religionen und Weltanschauungen denken wir als evangelische Christinnen und Christen fassungslos an das planmäßig durchgeführte Massaker, durch das am 7. Oktober über 1200 Menschen in Israel von Kämpfern der islamistischen Terrororganisation Hamas brutal gefoltert, vergewaltigt und ermordet wurden. Über 200 Menschen sind an diesem Tag von der Hamas entführt worden. Wir beten für die Opfer und ihre Angehörigen.

Die Hamas ist eine antisemitische Terrororganisation, die jüdisches Leben vernichten möchte. Sie ist keine Befreiungsbewegung. Sie schreckt nicht davor zurück, auch die Menschen in Gaza für ihre Interessen zu benutzen. Nach dem brutalen Terrorakt hat der israelische Staat das Recht, sich gegen einen solchen Terrorangriff zur Wehr zu setzen. Er hat, wie jeder Staat, das Recht die Geiseln zu befreien, und er hat die Pflicht seine Bürger zu schützen. Dieses Recht zu leugnen hieße, Israel sein Existenzrecht abzuspochen. Es kann daher kein „ja, aber...“ geben.

Die Betonung dieses Rechts mindert indes nicht unser Mitgefühl angesichts des immensen Leids im Gazastreifen. In Folge des Terrorangriffs der Hamas auf Israel sind dort tausende Menschen getötet worden. Viele von ihnen sind Kinder und Zivilisten. Wir beklagen den Tod so vieler Menschen und trauern um sie. Wir schließen uns dem EKD-Ratsbericht 2023 an. Wir teilen seine Weigerung, „die Solidarität mit Israel und die Empathie für die palästinensischen Opfer in ein Entweder-Oder zu zwingen“. Daher unterstützen wir diejenigen, die sich für einen Schutz der Zivilbevölkerung einsetzen, ohne dabei Israels Recht auf Selbstverteidigung in Abrede zu stellen.

Wir sehen uns herausgefordert durch Gefährdungen des inneren Friedens, die von diesen Geschehnissen ausgehen, auch in Europa und in Deutschland. Wir nehmen mit Entsetzen wahr, dass die Zahl der Beleidigungen und Bedrohungen jüdischer Menschen in Deutschland dramatisch zugenommen hat. Wir beklagen das Schweigen weiter Teile der deutschen Zivilgesellschaft angesichts des Terrors gegen Israel. Als Christinnen und Christen wollen und dürfen wir es nicht hinnehmen, dass Jüdinnen und Juden sich in Deutschland allein gelassen und nicht mehr sicher fühlen können. Wir stehen als Evangelische Kirche unmissverständlich an ihrer Seite. Wir bitten alle evangelischen Christinnen und Christen, sich daran erkennbar zu beteiligen.

Antisemitismus geht quer durch die Gesellschaft. Wir wissen, dass Antisemitismus auch im Christentum keimt. Mit diesem Wissen sehen wir uns als stetig Lernende im jüdisch-christlichen Dialog. Wir wollen alle unterstützen, die gegen Antisemitismus arbeiten und selbst immer dagegen aufstehen.

Eine Verengung der gesellschaftlichen Diskussion auf Fragen von vermeintlich gescheiterter Einwanderungspolitik betrachten wir mit Sorge. Wir stehen gegen jeden Versuch, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stören. Antisemitismus wird nicht durch Diskriminierung bekämpft. Wir verurteilen Muslim- und Islamfeindlichkeit.

Wir nehmen dankbar zur Kenntnis, dass Menschen hier und in der Region weiterhin für den Dialog und die Versöhnung arbeiten. Wir wollen als Christinnen und Christen dieser Landeskirche das Unsere dazu beitragen, dass der Friede, den allein unser Gott schaffen wird, bereits jetzt zeichenhaft zur Geltung kommt.

Wir bitten alle, die in unserer Landeskirche im interreligiösen Dialog arbeiten, in der je unterschiedlichen Geschwisterschaft weiter für den Frieden zu arbeiten. Wir bitten das Nahostreferat des Ökumenischen Zentrums, die Beziehungen zu Dialog- und Versöhnungsinitiativen in der Region weiter auszubauen.

Denn in aller Not und aller Bedrängnis vertrauen wir mit den Christinnen und Christen weltweit, und mit unseren jüdischen und muslimischen Schwestern und Brüdern auf Gottes guten Willen, Beistand und Trost. Seine Weisung der Versöhnung bleibt unser Auftrag.